

Die Fragen stellte Nina Prehm, Studentin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin.

### **Nina Prehm:**

*Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche berät der Bundestag über den Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2016. Aushängeschild ist wieder einmal die „schwarze Null“, also dass er ohne Neuverschuldung auskommt. Anteil an dem ausgeglichenen Haushalt hat aber auch die Euro-Krise, da die niedrigen Zinsen der EZB für weniger Zinsausgaben in Deutschland führten. Profitiert Deutschland von der misslichen Lage in anderen europäischen Ländern?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

In der Tat ist Haushaltswoche. Ich glaube nicht, dass das einzige Aushängeschild dieses Haushalts die Frage der „schwarzen Null“ ist, also dass wir keine neuen Schulden aufnehmen. Aber auch das würde ich nicht gering schätzen, denn das ist ja nichts anderes als die Mitteilung an die junge Generation, an die zukünftige Generation, dass wir nicht auf Kosten der Zukunft leben. Und insofern ist das ein zutiefst gerechtes Ergebnis unserer Haushaltspolitik. Einen Beitrag leisten sicherlich die im Augenblick sehr geringen Zinsen für die früheren Schulden. Auf der anderen Seite haben wir auch eine ganze Reihe von negativen Effekten durch die niedrige Zinspolitik, wenn ich zum Beispiel mal an die Sparerinnen und Sparer denke oder auch an Lebensversicherungen, die dadurch durchaus Probleme haben. Das heißt, ich würde nicht sagen, dass wir froh über diese niedrige Zinspolitik sind. Sie zeigt eigentlich nur, dass die Eurokrise noch nicht vollständig überwunden ist. Und wir arbeiten mit großer Kraft daran, dass wir sie möglichst schnell überwinden und Europa stärker aus dieser Krise hervorkommt, als es in sie hineingegangen ist.

*Der Bundeshaushalt basiert auf Prognosen und Planungen, wie eben diesen niedrigen Zinsen, also ökonomischen Rahmenbedingungen. Stützt er sich damit nicht auf ein sehr großes Risiko, wenn man bedenkt, wie schnell und unsicher die Märkte sind, wie man jetzt auch an dem Kurssturz in China gesehen hat?*

Wir sind auf diese Prognosen angewiesen. Wir glauben ihnen seit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr so, wie das vielleicht früher der Fall war. Wir wissen: Das kann sich ändern. Deshalb gibt es ja durchaus auch die Situation, dass es Nachtragshaushalte gibt, dass man auf unerwartete Ereignisse reagieren muss. Aber wir müssen ja einen Haushalt für die nächsten Jahre machen und mit irgendeiner Planung arbeiten. Und was wir uns als Bundesregierung vorgenommen haben – die Prognosen werden ja vom Wirtschaftsministerium auch zusammen mit dem Finanzministerium ausgearbeitet; die Steuerschätzungen beruhen auf der Zusammenarbeit von Bund und Ländern –, dass wir sehr vorsichtig prognostizieren, dass wir also nicht hoffen, dass nur der allerbeste Fall eintritt, und wir dann regelmäßig enttäuscht sind, sondern dass wir durchaus auch ein paar Risikofaktoren mit einbeziehen. Das führt dann manchmal dazu, dass sich die Steuereinnahmen etwas besser entwickelt haben, wie wir das jetzt zum Beispiel in diesem Jahr sehen. Aber das ist allemal leichter, als wenn man die Prognose zu gut gemacht hat und anschließend dann sieht, dass die Entwicklung negativer ist.

*Eine Frage zur Prioritätensetzung im Haushalt. Die Investitionen betragen unter zehn Prozent, der Etat für das Verteidigungsministerium steigt, während Ausgaben wie für Alleinerziehende, Betreuungsplätze oder den Klimaschutz gering bleiben. Finden Sie, dass der Haushalt zu einer gerechten und nachhaltigen Verteilung in der Gesellschaft beitragen kann oder sie abbildet?*

Ein Problem ist, dass wir sicherlich einen zu geringen Investitionsanteil haben, den wir nur sehr langsam steigern können. Die Frage ist dann auch immer: Was wird in die Investition mit hineingerechnet; seit neuestem zum Beispiel Bildung und Forschung, das ist gut. Wir haben auf der anderen Seite einen sehr großen Sozialanteil im Haushalt. Das ist der eigentliche große Teil. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales hat mit den Beiträgen des Bundes zur Rentenversicherung, mit den Beiträgen für die Grundsicherung von Menschen, die Hartz IV beziehen, den mit Abstand größten Haushalt. Und ich glaube das zeigt, dass wir auf der einen Seite eine Gesellschaft der Sozialen Marktwirtschaft sind, auf der anderen Seite aber auch aufpassen müssen, dass die Zukunftsinvestitionen nicht zu kurz kommen. Wir haben die Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr um fünf Milliarden Euro entlastet. Das schlägt sich dann auch in mehr Konsum nieder. Wir haben zum Beispiel die Kinderfreibeträge erhöht, wir haben steigende Kosten auch beim Elterngeld; was ja auch eine gute Botschaft ist – dass gerade auch mehr Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen. Wir haben mehr für Energieeffizienz getan, wir haben gegenüber der vergangenen Legislaturperiode mehr im Verkehr ausgegeben. Also, insgesamt glaube ich, kann sich die Balance sehen lassen, aber sie hat auch einen sehr großen sozialen Schwerpunkt.

*Um Ländern und Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu helfen, stellen Sie eine Milliarde Euro zur Verfügung, aber es ist schon jetzt klar, dass das nicht ausreichen wird, dass der Bedarf weit höher liegen wird. Ich frage mich, warum darüber überhaupt diskutiert werden muss. Sollten solche Fragen, die so viele Menschen und ihre Lebensumstände betreffen, nicht vor haushaltspolitischen Zielen und der „schwarzen Null“ stehen?*

Naja. Wir wollen natürlich das Richtige tun, und das ist eines der Beispiele. Voriges Jahr, als wir die Haushaltsberatung hatten, konnte kein Mensch davon ausgehen, dass wir in diesem Jahr 800.000 Flüchtlinge haben werden. Wir haben immer wieder schnell reagiert und sind jetzt ja auch mit Ländern und Kommunen im Gespräch, wie wir ihnen weiter und dauerhaft helfen können – und wie wir auch die gesamte Aufgabe von Flüchtlingen und ihrer Unterbringung, die Integration derer, die dauerhaft bei uns bleiben, zu einer nationalen Aufgabe machen. Hier muss jede Ebene – Länder, Kommunen und auch der Bund – ihren fairen Anteil tragen. Wir dürfen ja nicht vergessen: Wenn die Steuereinnahmen des Bundes besser sind, als wir gedacht haben, sind natürlich auch die der Länder und der Kommunen wachsend. Wir müssen aber auf der anderen Seite auch an die Zukunft denken. Das heißt, wir können nicht einfach sagen: Weil wir eine schwere Aufgabe haben, spielt jetzt der ausgeglichene Haushalt oder die Frage der Verschuldung überhaupt keine Rolle mehr. Denn was wir heute mehr ausgeben als wir einnehmen, das hat die zukünftige Generation nicht zur Verfügung. Und bei der europäischen Staatsschuldenkrise haben wir gesehen: Länder wie Spanien zum Beispiel, die Defizite um die neun Prozent hatten, haben zum Schluss sieben Prozent Zinsen für ihre zehnjährigen Staatsanleihen bezahlt. Das

wird dann erst richtig teuer, und in eine solche Situation darf man nicht kommen. Das heißt: Ein Finanzminister hat schon die Aufgabe, trotzdem nochmal auf den Haushaltstopf zu schauen, auch wenn es viele wichtige Aufgaben gibt. Aber wir müssen die Prioritäten immer wieder neu setzen, das ist richtig.